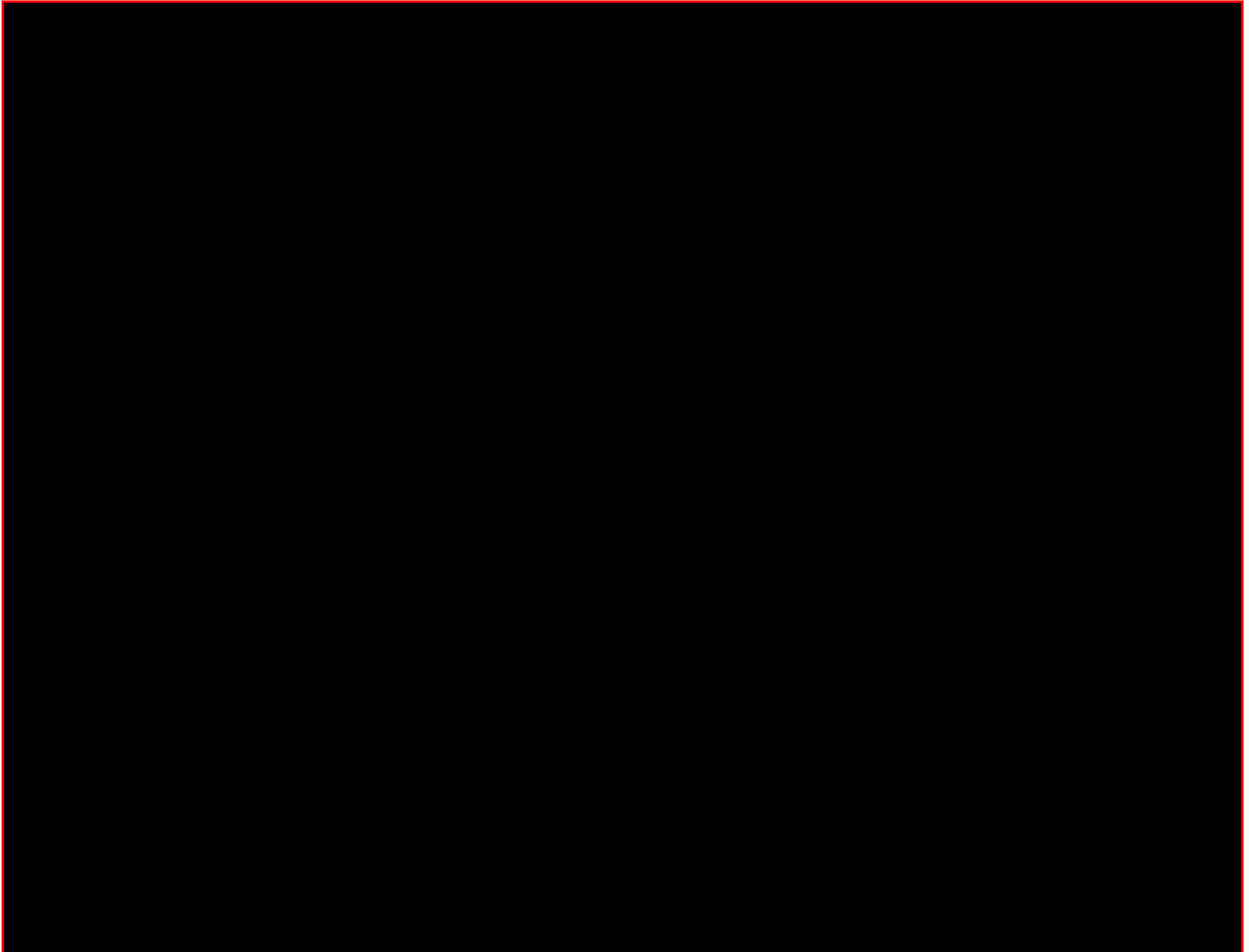


Von der Rednerin/vom Redner nicht autorisiert - Nur zur Vorabinformation bestimmt



Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Düker. – Für die SPD-Fraktion spricht nun der Kollege Jäger.

Ralf Jäger (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich will diese Debatte mit Klarstellungen beginnen, damit wir uns im weiteren Verlauf vielleicht auf ein paar Grundsätze verständigen können.

Zur Klarstellung gehört, dass wir in Deutschland und in Nordrhein-Westfalen relativ sicher leben. Weiß Gott, es gibt Straftaten, auch von Jugendlichen, auch von Jugendlichen mit Migrationshintergrund; jeder einzelne ist zu viel. Aber Tatsache ist auch, dass wir weit von Verhältnissen wie in amerikanischen Großstädten oder wie in französischen Vorstädten entfernt sind.

Zur Klarstellung gehört auch, dass wir hier verhältnismäßig sicher leben. Dennoch muss man sagen, dass die Bürgerinnen und Bürger ein Recht darauf haben, sich angstfrei in U-Bahnhöfen und im Dunkeln bewegen zu können. Kinder und Jugendliche haben ein Recht darauf, nicht von gewalttätigen Altersgenossinnen und Altersgenossen bedrängt oder geschlagen zu werden.

Von der Rednerin/vom Redner nicht autorisiert - Nur zur Vorabinformation bestimmt

Im Übrigen gehört zu dieser Klarstellung auch – das sie sich dem anschließt, diese Hoffnung hege ich zumindest in Richtung der CDU –, dass die Jugendkriminalität zwar steigt, sie aber nie ein isoliertes Problem war und ist – nicht hier und auch nicht woanders. Sie ist Bestandteil eines gesellschaftlichen Prozesses, der so zu beschreiben ist: In Deutschland verrohen die Sitten. Erwachsene geben zunehmend schlechte Beispiele ab. Häufig sind Familien und Eltern mit der Erziehung überfordert; gelegentlich versagen sie vollständig.

Das sind die Rahmenbedingungen, unter denen wir – Frau Düker hat gerade darauf hingewiesen – feststellen müssen, dass die Jugendgewalt in Deutschland steigt. Zum Jahreswechsel haben wir dazu eine intensive Debatte erlebt – allerdings nicht aus dieser Erkenntnis heraus, sondern angestoßen vom Landtagswahlkampf in Hessen und einem wahlkämpfenden Roland Koch.

Ich will vier Punkte aufzählen, die in dieser Diskussion angeführt worden sind, bei denen die Damen und Herren der Landesregierung ...

(Minister Armin Laschet setzt sich auf die Regierungsbank.)

Dabei begrüße ich jetzt auch ganz herzlich Herrn Laschet als betroffenen Auslöser sozusagen. - Ich will vier Punkte ansprechen, die auch die CDU in dieser Diskussion mitgetragen hat.

Als Erstes wird gefordert: Wir brauchen eine Verschärfung des Jugendstrafrechts und eine Erhöhung der Höchststrafe von zehn auf 15 Jahre.

Tatsache ist: Der Anteil von Mord und Totschlag, begangen von Jugendlichen – bei diesen Straftaten wird die Höchststrafe verhängt –, sinkt Gott sei Dank. Und im Jugendstrafrecht haben wir kein Gesetzesdefizit. Die existierenden Gesetze sind völlig ausreichend. Wir haben ein Vollzugsdefizit, Frau Müller-Piepenkötter,

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

in der Form, dass die Strafe nicht zeitnah auf dem Fuße folgt.

Es wird diskutiert, die Strafmündigkeit auf unter 14 Jahre herabzusetzen.

Ich kann mir nicht vorstellen, dass wir in Nordrhein-Westfalen ernsthaft darüber diskutieren sollten, Kinder in Knäste zu stecken.

(Minister Armin Laschet: Wer tut das denn?)

Aber gleichzeitig muss man auch sagen: Wir haben vernünftige Instrumente in der Jugendgerichtshilfe und in der Jugendhilfe, die angewandt werden müssen, durch die vor Ort in den Problemfamilien sehr viel schärfer daran gearbeitet werden muss, bestimmte Karrieren von Kindern und Jugendlichen zu vermeiden. Wir müssen die Elternarbeit dort viel mehr stärken. Wir müssen die Eltern mehr verpflichtend miteinbeziehen. Ich sage sehr offen: Man muss Eltern in bestimmten Situationen durch Sanktionen dazu drängen, erzieherisch auf ihre Kinder einzuwirken.

Es wird von einem Warnschussarrest geredet: Welch eine martialische Begrifflichkeit!

Ich will Ihnen vortragen, warum ein Warnschussarrest vermutlich das genaue Gegenteil von dem bewirken würde, was die Protagonisten glauben. Zumindest die Fachleute sagen uns dies einhellig, Frau Müller-Piepenkötter.

Von der Rednerin/vom Redner nicht autorisiert - Nur zur Vorabinformation bestimmt

(Ministerin Roswitha Müller-Piepenkötter: Nein! – Zuruf von der SPD)

70 von 100 Straftätern finden durch Bewährungshilfe wieder auf den richtigen Weg zurück, nur 30 werden rückfällig. In Ihrem Jugendstrafvollzug, Frau Müller-Piepenkötter, ist das Verhältnis genau umgekehrt: Von 100 Straftätern kehren 70 in den Knast zurück, weil sie rückfällig werden.

(Ministerin Roswitha Müller-Piepenkötter: Nein!)

Sie wollen für relativ geringe Taten Jugendlicher Warnschussarrest verhängen. Sie wollen Jugendliche sofort in den Knast stecken. Das bedeutet, wie die Zahlen zeigen, nichts anderes, als dass Sie Jugendlichen die Bauanleitung für eine spätere kriminelle Karriere direkt an die Hand geben.

Ich darf Ihnen aufzeigen, Frau Müller-Piepenkötter, was die Fachwelt von einem Warnschussarrest hält. Mit Erlaubnis des Herrn Präsidenten zitiere ich Herrn Bernd Mähleke, einen der führenden deutschen Strafvollzugsexperten, der es, wie ich finde, sehr treffend auf den Punkt gebracht hat:

Wer die Gesellschaft vor jugendlichen Straftätern schützen will, der soll nicht von Warnschussarresten schwafeln, sondern mehr Bewährungshelfer einstellen und die Zusammenarbeit der Organisationen verbessern.

Das unterstellt er den Politikern. Frau Müller-Piepenkötter, ich meine, Sie sollten gelegentlich auf Ihre Fachleute hören.

(Beifall von der SPD)

Zum Jahreswechsel tauchten als vierter Vorschlag, wie man jugendlichen Straftätern begegnen sollte, plötzlich in Diskussionen, angefeuert durch Herrn Roland Koch, Erziehungscamps auf. Wenn man sich chronologisch anschaut, wer in diesem Hause was dazu gesagt hat, dann wundert man sich schon. Das ist keine neue Diskussion. Sie ist fast ein Jahr alt.

Am 26. Februar vergangenen Jahres hat Herr Wüst hier im Plenarsaal erklärt

(Hendrik Wüst [CDU]: Gut, dass Sie sich noch daran erinnern!)

– es gibt Dinge, an die man sich ungern erinnert, Herr Wüst –, es müsse mit eisernen Besen gekehrt werden. Erziehungscamps müssten eingerichtet werden.

Herr Wüst sagte am 10. März: Wer weniger Gewalt will, muss härter durchgreifen.

(Zuruf von der SPD)

Das „Allerbeste“ ist ein Zitat vom 26. April, Herr Wüst: Der Einsatz von Drogenspürhunden auf Schulhöfen sollte geprüft werden. – Herr Wüst, ich finde, das ist kein Ausdruck naiver jugendlicher Entgleisung. Ich halte es schlichtweg für Kokolores. Aber damit stehen Sie in ihren Reihen nicht allein.

(Beifall von der SPD)

Selbst der Ministerpräsident erklärte am 18. März, jugendliche Gewalttäter müssten in Erziehungscamps. Am 2. Januar dieses Jahres erklärte der Sprecher des Justizministeri-

Von der Rednerin/vom Redner nicht autorisiert - Nur zur Vorabinformation bestimmt

ums, Ihr Sprecher, Frau Müller-Piepenkötter: Die Regierung ist derzeit nicht aktiv. – Wieso eigentlich derzeit?

(Lachen und Beifall von der SPD)

Es hieß weiter: Diese Landesregierung hat keine Pläne, Erziehungscamps einzurichten.

Am 2. Januar erklärte Ihr Staatssekretär, Herr Söffing: Diese Landesregierung plant keine Erziehungscamps. – Am 4. Januar sagte Herr Laschet in einem „Spiegel online“-Interview unisono: keine Erziehungscamps in Nordrhein-Westfalen.

(Minister Armin Laschet: Amerikanischer Prägung!)

Frau Müller-Piepenkötter, anders als Ihr Sprecher und Ihr Staatssekretär erklären Sie einen Tag später, Sie begrüßten Erziehungscamps.

Nun komme ich zum 5. Januar. An diesem Tag gab es in Nordrhein-Westfalen ganz großes Kino - ganz großes Kino!

(Britta Altenkamp [SPD]: Das war ein großer Tag!)

Einen Tag nach der Klausurtagung der CDU in Wiesbaden, nachdem offensichtlich aufgefallen ist, dass es einen Integrations- und Jugendminister in Nordrhein-Westfalen gibt, der völlig kontra zur Koch-Linie ist, erklärt Herr Laschet urplötzlich: Jetzt brauchen wir Erziehungscamps. – Wenn man schon nicht dagegen sein darf, Herr Laschet, sondern dafür sein muss, dann aber richtig. Er sagte: Ich bin jetzt für Erziehungscamps, ich richte auch das erste in Deutschland ein.

(Lachen von Frank Sichau [SPD])

Er denkt an eine geschlossene Einrichtung des Landes Nordrhein-Westfalen in Neukirchen-Vluyn mit 20 bis 25 Plätzen für 15- bis 18-jährige Straftäter. Schwerpunkte werden Sport und ein strukturierter Tagesablauf sein. Bei dieser einen soll es nicht bleiben, sondern wir richten noch weitere zehn in diesem Land ein.

Am 6. Januar mussten Sie sich ein wenig korrigieren, Herr Laschet: nicht das Land richtet sie ein, sondern die Kommunen über den Landschaftsverband.

(Norbert Killewald [SPD]: Da ist dem Jugendhilfeminister klar geworden, dass er gar nicht Träger ist!)

Es ist auch zufällig nicht Neukirchen-Vluyn, sondern Bedburg-Hau, und es sind nicht 20, sondern nur acht Plätze. Das Camp ist auch nicht für jugendliche Straftäter vorgesehen, sondern für strafunmündige Kinder. Es ist übrigens auch keine geschlossene Einrichtung, sondern es ist eine offene Einrichtung. Der Schwerpunkt liegt nicht auf Sport und einem strukturierten Tagesablauf, sondern auf sozialtherapeutischer und pädagogischer Begleitung und 1:1-Betreuung. Aber sonst stimmte alles, Herr Laschet.

(Lachen und Beifall von der SPD)

Herr Laschet, Sie sind dem Parlament noch eine Erklärung schuldig geblieben, wo die anderen zehn Einrichtungen vorgesehen sind, die Sie bereits am 5. Januar angekündigt haben. Wenn Sie es heute schaffen, auch nur einen zusätzlichen Standort zu nennen, würden wir uns freuen.

Von der Rednerin/vom Redner nicht autorisiert - Nur zur Vorabinformation bestimmt

Ich darf gerne zitieren, was der Träger in Bedburg-Hau unter dem versteht, was Herr Laschet als Erziehungscamp bezeichnet. Der Träger erklärt dazu:

Zudem helfen wir Kindern unter 14 Jahren, die zum Teil ein hohes Gewaltpotenzial aufweisen, die entwurzelt sind, suchtgefährdet oder haltlos auf der Straße leben und die trotz Sanktionen und pädagogischer Einflussnahme kein Rechtsbewusstsein entwickeln. Wir helfen ihnen mit einem breiten Angebotsspektrum in verschiedenen Bundesländern durch sozialtherapeutische und pädagogische Arbeit in Gruppen und Einzelgesprächen.

Das, meine Damen und Herren, ist ein Erziehungscamp à la Laschet, und das ist Kuschelpädagogik à la Wüst. Aber Sie müssen sich irgendwann darauf verständigen, was dort eigentlich stattfinden soll. Ich glaube, Sie, Herr Laschet, haben mit dem Etikettenschwindel, das sei ein Erziehungscamp, erstens den Träger diskreditiert, zweitens dessen Arbeit gefährdet und drittens die Menschen in Bedburg-Hau verunsichert. Das ist schlichtweg eine Unverschämtheit.

(Beifall von der SPD – Minister Armin Laschet: Der Träger ist sehr zufrieden mit uns, Herr Jäger!)

Sie machen sich zum Hilfskellner von Herrn Koch.

(Minister Armin Laschet: Ach, Unsinn!)

Angesichts des Gender-Mainstreams die Korrektur: Sie, Frau Müller-Piepenkötter, machen sich zur Hilfskellnerin von Herrn Koch.

Tatsächlich muss man feststellen, dass das Land Nordrhein-Westfalen in seinem Haushalt null Euro für die Unterbringung von Intensivstraftätern vorsieht, null Konzept zu pädagogischen und therapeutischen Einrichtungen hat, die auch für auffällige Kinder und Jugendliche eingerichtet werden sollen, null Plätze geplant hat, um auf diese Jugendlichen tatsächlich einwirken zu können. Im Übrigen stelle ich fest, dass in den Häusern Laschet und Müller-Piepenkötter auch null Ahnung zu diesem Thema herrscht.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Statt Geld, Mut, Ideen und Konzepte in den Vordergrund zu stellen, bauen Sie Richter- und Staatsanwaltsstellen ab, damit die Verfahrensdauer noch länger wird.

(Beifall von der SPD – Zuruf von Ministerin Roswitha Müller-Piepenkötter)

– Sie, Frau Müller-Piepenkötter, 78 Stellen im Haushalt 2008.

(Zuruf von der CDU: Das war Ihre Entscheidung!)

Frau Müller-Piepenkötter, Herr Laschet, Sie haben der Bekämpfung der Jugendgewalt in diesem Land wirklich einen Bärendienst erwiesen. Nur um mal groß rauszukommen, einen solchen Etikettenschwindel vorzunehmen, ist billige Effekthascherei.

(Beifall von der SPD)

Herr Laschet, Sie haben nach KiBiz das Verwirrspiel und Chaos um Ihre Person, um Ihr Amt, um Ihr Ministerium weitergespielt. Es war ein dreister Etikettenschwindel, der Gott sei Dank aufgefallen ist; Sie sind dabei erwischt worden.

(Minister Armin Laschet: Quatsch!)

Von der Rednerin/vom Redner nicht autorisiert - Nur zur Vorabinformation bestimmt

Am Sonntag sind in Hessen Wahlen. Ich glaube, dass der Versuch, mit billiger Polemik und vermeintlich einfachen Lösungen der steigenden Jugendgewalt in diesem Lande entgegenzuwirken, am Sonntag scheitert und Roland Koch nicht zum Ministerpräsidenten gewählt wird,

(Beifall von der SPD – Zuruf von der CDU: Clement!)

weil es besser für die Menschen in Hessen und für die politische Kultur in diesem Land ist. Laschets und Müller-Piepenkötters warten nur darauf, als Nachahmer einer solchen Politik einsteigen zu können.

(Beifall von der SPD)

Wir in Nordrhein-Westfalen glauben, vier Dinge sind erforderlich:

Erstens. Es ist nötig, den Menschen keinen Sand mehr in die Augen zu streuen. Wir haben eine steigende Jugendgewalt. Wir müssen uns ernsthaft damit auseinandersetzen.

(Minister Armin Laschet: Dann tun Sie es doch mal!)

Zweitens. Wir müssen an die Wurzeln gehen, dorthin, wo Jugendgewalt entsteht. Es sind die Problemfamilien in diesem Lande, die Erziehungsschwierigkeiten haben oder zum Teil erziehungsunfähig sind.

Drittens. Wir brauchen Mut, Geld und zusätzliche Stellen im Landeshaushalt. Der Profit wird sich in einigen Jahren einstellen, wenn wir weniger Jugendstrafvollzug brauchen.

Viertens. Wir brauchen keinen Personalabbau bei der Justiz. Wir müssen die Kommunen unterstützen – auch finanziell –, damit der Jugendgewalt in Nordrhein-Westfalen tatsächlich wirksam entgegengetreten werden kann. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

